

Telefonische Meldungen und Durchsagen der SED im Bezirk Suhl am 17. Juni 1953 an das ZK der SED (Auszüge)

Quelleneditorische Anmerkung:

Es handelt sich bei den vorliegenden Meldungen um telefonische Durchsagen. Vielfach fehlen in den Dokumenten Satzzeichen; es wurden Ortsnamen falsch geschrieben bzw. keine ganzen Sätze formuliert. Die Texte wurden deshalb vorsichtig orthographisch und grammatikalisch verbessert (neue Rechtschreibung), soweit es die Lesbarkeit und Verständlichkeit der Meldungen erforderte. Es fand eine Angleichung bei den Eigen- und Ortsnamen statt. Auslassungen bzw. Nichtlesbarkeit des Textes werden mit (...) und Ergänzungen bzw. Einfügungen mit [...] gekennzeichnet.

14.30 Uhr, 17.6.53, SED-BL Suhl

Karl-Marx-Stadt und Leipzig Verbindung gestört.

15.25 Uhr, 17.6.53, SED-BL Suhl

Im Bezirk Suhl ist alles ruhig. Die Grenzkreise wie Sonneberg, Ilmenau usw. fragen an (bei der BL Suhl), was eigentlich in Erfurt los ist.

22.00 Uhr, 17.6.53, SED-BL Suhl

Tagesmeldung Nr. 7, Durchgabe der Genossin F., Bezirk Suhl

Das Bezirkssekretariat der Partei beschäftigte sich heute in einer Sitzung mit den Vorkommnissen in Berlin, analysierte einige Ereignisse, die sich in der vergangenen Nacht bzw. im Verlaufe der Vormittagsstunden des 17.6.53 im Bezirk Suhl ereigneten und legte in Form einer Direktive die nachfolgenden Aufgaben fest:

1. Die Bildung von Operativstäben in den Kreisen und Betrieben. Die Operativstäbe im Bezirk bzw. in den Kreisen setzen sich aus Sekretariatsmitgliedern, verantwortlichen Genossen des Staatsapparates, Vertretern der VP, Vorsitzenden der Massenorganisationen, Abteilung Agitation und Propaganda, Abteilung Wirtschaftspolitik und Vertretern der Presse zusammen.
2. In den Betrieben bestehen die Operativstäbe aus dem Betriebsparteisekretär, dem Werkleiter, dem BGL-Vorsitzenden und weiteren zuverlässigen Genossen, jeweils nach den Erfordernissen der Lage. Ihre Aufgabe ist es, sofort auf wichtige Erscheinungen zu reagieren und für eine schnelle Nachrichtenübermittlung an die nächst höhere Leitung Sorge zu tragen. In den Betrieben sind noch heute die Parteileitungen, die Parteiaktivs und die Agitatorenaktivs zusammenzunehmen und der Leitartikel des N.D. vom 17.6., die Erklärung des PB sowie die Argumentation des Abteilung Agit.-Prop. der BL zu erläutern. Desgleichen werden im Rat des Bezirkes und bei den Räten der Kreise Aktivtagungen durchgeführt, in denen die Direktive des Rates des Bezirkes und die Argumentation der Partei erläutert werden.
3. Mit den verantwortlichen Vertretern des Staatsapparates, der VP und der Massenorganisationen führte das Sekretariat eine Besprechung über die wichtigsten

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Aufgaben und Schlußfolgerungen der gestrigen Berliner Parteiaktivtagung und der Vorkommnisse in Berlin durch.

4. Um eine Übersicht über die Diskussionen und Stimmungen in der Bevölkerung zu erhalten, wurden in allen Kreisen einige Schwerpunktbetriebe, Räte der Kreise und Orte innerhalb der 5-km-Sperrzone Mitarbeiter der Bezirksleitung entsandt.
5. Zur Sicherung der Gebäude und Einrichtungen der Partei, des Staatsapparates und der Betriebe hat die VP eine Anweisung herausgegeben, wie z.B. verstärkte Streifentätigkeit der VP und VP-Helfer besonders während der Nacht. Das gleiche geschieht bei Verwaltungen, öffentlichen Gebäuden sowie Wohnungen von Funktionären.
6. Zwischen den Bezirksleitungen der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl wurde vereinbart, sich über die Sonderleitung über Besonderheiten, die überörtlichen Charakter tragen, zu verständigen.

Außerdem wurde festgelegt, daß in den Grenzorten ohne Parteiorganisationen sofort 2-3 zuverlässige Genossen zu entsenden sind, die eine ständige Verbindung über den VP-Apparat des Gruppenpostens, die Bürgermeisterapparate zur Kreisleitung aufrechtzuerhalten habe. Der Klassengegner versuchte mit allen möglichen Mitteln, Störungsversuche zu organisieren. Diese Erscheinungen haben verschiedenartigen Charakter. Es erfolgten anonyme Anrufe an Betriebsparteisekretäre und BGL-Vorsitzende, in denen gefordert wird, Solidaritätserklärungen für die Berliner Arbeiter abzugeben, Abschaffung von Nacharbeit sowie der Ortsklassen-Differenzierung. Weiter wurden solche Forderungen erhoben, in den Betrieben Versammlungen zu fordern bis zu organisierten Streiks. So erhielt z.B. der BGL-Vorsitzende des Mewa-Meinigen heute gegen 10.00 Uhr einen Anruf, in dem folgendes mitgeteilt wurde: „Erklärt Euch solidarisch mit den Arbeitern in Berlin“. Die KL Schmalkalden berichtet, daß dort laufend Telefongespräche an die Betriebe durchgegeben werden, die zum Inhalt haben, daß die Plakate und Transparente entfernt werden sollen, weil man die Stadt angeblich vor einer Katastrophe bewahren will. Wie die KL Sonneberg mitteilte, soll in Schalkau heute mittag ein Blitzgespräch durchgegeben worden sein, wonach Bevölkerungskreise aus Schalkau nach Jena gerufen werden, um die dort lebenden Angehörigen sofort nach Schalkau zu holen, da in Jena Unruhen ausgebrochen sein sollen. Seitens des Sekretariats der Bezirksleitung wurde Anweisung gegeben, durch Gegenrufe die Echtheit der Anrufe zu kontrollieren. Das Ergebnis liegt noch nicht vor.

In den bisherigen Berichten wurde wiederholt mitgeteilt, daß Mitglieder unserer Partei angepöbelt wurden, ihr Abzeichen herunterzunehmen, oder es würde abgerissen. In der Steinmetzfabrik Suhl machte der Kollege Sch., Mitglied der CDU, solche Bemerkungen, daß die Abzeichen unserer Partei bald nicht mehr getragen, ja, daß sie abgerissen würden. Als Sch. zur Rede gestellt wurde, wie er das meine, erklärte er frech, er habe das so gemeint, wie gesagt, denn in Berlin sei es bereits so weit. In demselben Betrieb wurde das Bild des Genossen Pieck entfernt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Sch. dieses verschwinden ließ. Von bis jetzt Unbekannten wurde der Genosse Kurt G. und der Meister der Abteilung Härtereie, Hollege H., angerufen, daß heute um 9.30 Uhr der Betrieb ausgerückt werden soll, solange bis Sch., der inzwischen in Haft genommen wurde, wieder freigelassen sei. Der Sekretär unserer Betriebsparteiorganisation vermutet, daß es sich in diesem Betrieb um eine Verschwörung handelt.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Wie die Grenz Bereitschaft Meiningen mitteilt, verstärkt der westliche Zollschutz sowie die amerikanische Besatzungsmacht die Kontroll- und Streifen Tätigkeit. Es kommen öfter PKW's mit Zivilisten zum Schlagbaum gefahren, die das Gebiet der DDR beobachten. Die Bezirksleitung erhielt Nachricht darüber, daß im VEB Thälmann-Werk Suhl sich die Arbeiter der Nachtschicht zusammengerottet haben, um die Nachtschicht abzulehnen. In einem späteren Bericht der BPO wurde entgegen dieser Nachricht mitgeteilt, daß diese Meldung nicht stimmt und bisher keine Arbeitsunterbrechung oder Streiks stattgefunden haben. Da in diesem Fall klar ersichtlich ist, wie dies auch in einigen anderen Betrieben festgestellt wurde, daß die Parteiorganisationen keinen Überblick über die Lage in ihrem Betrieb haben, zog die Bezirksleitung die Schlußfolgerung, in allen Betrieben, wie bereits erwähnt, Operativstäbe zu bilden.

Im Zentralverordnungsblatt Nr. 15 vom 2. Mai 1953 ist die Anordnung enthalten, daß mit den Ärzten, mit denen ein Einzelvertrag abgeschlossen wurde, kein zweites Arbeitsverhältnis in der gleichen Einrichtung eingegangen werden kann. Das hat in der Stadt Suhl zur Folge, daß die Ärzte Dr. K. und Dr. Sch., beide tätig im Krankenhaus, in der nebenamtlich bisher ausgeübten Tätigkeit in der Poliklinik nicht mehr bleiben können, da sie keine Bezahlung erhalten. Dr. Sch. wie auch der Verwalter des Krankenhauses und der Poliklinik berichten, daß die betreffenden Ärzte unter diesen Umständen, wie sie das Gesetzblatt vorsieht, die nebenamtliche Tätigkeit in der Poliklinik seit gestern eingestellt haben. Bezirksarzt Dr. Z. hat den Obengenannten mitgeteilt, daß auf der Ärztagung in Berlin dieser Punkt behandelt wurde, jedoch ohne eine konkrete Stellungnahme abzugeben. Von seiten des Ministeriums sollen noch Ergänzungsbestimmungen herausgegeben werden. Aus der Verordnung ergibt sich die Schlußfolgerung, daß durch die Einstellung der ambulanten Behandlung in den Abteilungen Chirurgie und Genegologie [sic!] der Poliklinik die Patienten nicht mehr versorgt werden.

Die Haltung einiger Stellen der Grenzpolizei ist nicht dazu angetan, den Beschluß des Politbüros zu verwirklichen und die Rückkehr der Republikflüchtigen zu ermöglichen. Der Sekretär der Parteiorganisation der Bezirksstaatsanwaltschaft berichtet, daß am 14.6.53 in Sonneberg festgestellt wurde, daß ca. 30-40 Personen auf der westlichen Linie der D-Linie standen, die auf Grund der neuen Maßnahmen in die DDR zurückkehren wollten. Diese Personen konnten nicht in die DDR kommen, da die Grenze seitens der Amerikaner besonders bewacht wurde und unsere Grenzpolizei Stacheldraht gezogen hatte und diese Republikflüchtigen infolgedessen an der Rückkehr gehindert wurden. Des weiteren hatten diese Leute Angst vor unserer Grenzpolizei, da sie keine Anstalten machten, die Republikflüchtigen zur Rückkehr aufzufordern. Der Kommandeur der Bezirksbehörde der VP hat sich mit Berlin in Verbindung gesetzt, damit die Grenzpolizei-Dienststelle ihm in Köppelsdorf entsprechende Anweisungen gibt.

Im allgemeinen ist zu sagen, daß im Bezirk Suhl die Lage als ruhig zu bezeichnen ist. Es bestehen z.Zt. keine Anzeichen zu etwaigen Unruhen am morgigen Tage.

6.45 Uhr, 18.6.53, SED-BL Suhl

Durch das Nichtarbeiten eines Teils der Arbeiter im Kranbau Weimar sind auch im Meteor-Werk in Zella-Mehlis Schwierigkeiten entstanden. Diese Betriebe hängen unmittelbar voneinander ab und gefährden auch die Produktion in den anderen Betrieben. Ein Ingenieur und zwei Arbeiter des Meteor-Werkes sind beauftragt, morgen am 19.6.1953 nach Weimar in

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

das Werk Kranbau zu gehen, um dort an Ort und Stelle mit den Arbeitern zu diskutieren, was alles von ihrem Verhalten abhängt. Diese Hinweis wurde vom Genossen Ulbricht gegeben. Im Mercedes-Werk in Zella-Mehlis erschien heute der Abteilungsleiter vom Ministerium, Allgemeiner Maschinenbau, Kollege B., Arbeit und Berufsausbildung. Er erkundigte sich, wie weit die Normenerhöhung im Betrieb durchgeführt wurde. Der Genosse Weiß von der Kreisleitung Suhl sagte ihm, ob er nicht gestern das „Neue Deutschland“ zur Frage der Normenerhöhung gelesen hätte und erhielt darauf die Antwort, sie sollten entschuldigen, er hätte aber seit Sonnabend keine Zeitung mehr gelesen, da er seit diesem Tage unterwegs sei. Die BPO der SED im Meininger Theater führte am 16.6.1953 eine Mitgliederversammlung durch und behandelte die Beschlüsse des Politbüros sowie der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. An dieser Versammlung nahm auch der parteilose Kollege L. teil, der als Beleuchter im Theater beschäftigt ist. Er erklärte in der Diskussion folgendes:

Ich habe mich in der letzten Zeit überprüft, gehst du in die Partei oder nicht. Als ich von den neuen Beschlüssen hörte, habe ich gedacht, die werden schon wissen, was richtig ist. Ich bin zu dem Entschluß gekommen, die Sache der Partei zu vertreten. Ich bitte um die Aufnahme in die Partei.

Die Kollegen der Tischlerei des RAW Meiningen haben in der Vergangenheit gezeigt, daß sie durch freiwillige Erhöhung ihrer Normen mithelfen sollen, schneller einen besseren Lebensstandard zu erreichen. Durch die Ereignisse und Vorkommnisse in der DDR wollen die Kollegen in der Tischlerei zeigen, daß die Partei und die Regierung weiterhin ihr Vertrauen besitzt und es dadurch zum Ausdruck bringt, ihre unrealen Normen bis zur Festlegung technisch begründeter Arbeitsnormen freiwillig zu erhöhen.

Die Führerhausarbeiter: Kollegen G., B., Sch. und W. erhöhen ihre Normen um 10 %.
Fussboden- und Tenderarbeiter: Die Kollegen H., Ka., Kr., A. und F., Ferdinand ihre Normen um 5 %.

Im ganzen Abschnitt der Grenzbereitschaft Meiningen wurde festgestellt, dass eine verschärfte Kontrolltätigkeit der Zöllner und der amerikanischen Besatzungstruppen ausgeübt wird. In Elbewaldhof (Westdeutschland) befinden sich ehemalige Republikflüchtlinge mit einem LKW und einem PKW, die die Absicht haben, in die DDR zurückzukehren.

Von Angehörigen des Grenzkommandos, welches den Dienst am dortigen Grenzabschnitt versieht, konnte festgestellt werden, dass die Zöllner diese Personen daran hinderten, in die DDR zurückzukehren.

Unterschrift Herkner

[Quelle: SAPMO-BArch, NY 4062/94, Bl. 388-394.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---